

Militarisierung der Gesellschaft schreitet voran

Dass die Rüstungsindustrie durch die Kriegs- und Aufrüstungspolitik der Bundesregierung boomt, ist bekannt. Dass sich dies aber auch auf andere Branchen und auf den Beschäftigtenmarkt auswirkt, ist weniger im Blick. Verschiedene Großprojekte sind bereits angelaufen zum Beispiel schwere Waffenträger für die Infanterie des Heeres, Flugabwehrsysteme, Logistikfahrzeuge und natürlich mehr Munition. Die Rüstungsindustrie braucht für diese Aufträge natürlich auch Produkte vom Maschinenbau. Rheinmetall-Chef Papperger beschreibt dies so: „Für unsere Waffensystemfertigung benötigen wir unter anderem moderne CNC-Maschinen. Speziell für die Herstellung von Munition benötigen wir Pressen, Öfen, Füllanlagen oder Sortieranlagen.“ **So werden auch im Maschinenbau immer mehr Beschäftigte Teil des Aufrüstungsprogramms und der Rüstungsproduktion.**

Und woher kommen die Beschäftigten für Maschinenbau und Rüstung? Aus der Automobilindustrie und den Zulieferern, dort werden massiv Arbeitsplätze abgebaut. Rheinmetall zum Beispiel will vom Zulieferer Continental Mitarbeiter übernehmen, die vom dortigen Stellenabbau betroffen sind, so teilten es die beiden Unternehmen mit.

Aber auch Bosch, ZF und Mahle sind im Austausch mit dem Waffenhersteller. Ein ZF-Sprecher bestätigt dies: "Seit ZF angekündigt hat, seine Produktion am Standort Gelsenkirchen bis zum Jahresende 2024 zu beenden, sind einige namhafte Unternehmen mit Bedarf an gut qualifizierten Facharbeitern auf uns zugekommen - darunter auch solche, die in Zusammenhang mit der 'Zeitenwende' eine Sonderkonjunktur haben." Diese Beispiele zeigen, wie das Kapital sich gegenseitig unterstützt und so den Kriegskurs der Bundesregierung zum Erfolg führt. **Die Beschäftigten werden hin und her verschoben, mal da und dort ausgebeutet, wie das Kapital und seine Regierung es benötigt.**

Eigentlich müsste gegen diese Trends die IG Metall, die Gewerkschaft, die diese Branchen organisiert, Sturm laufen. Denn auf dem Gewerkschaftstag im Oktober letzten Jahres wurde beschlossen, dass die IGM für **Rüstungskonversion** ist. Doch statt Konversion wird die Rüstungsproduktion ausgeweitet und auf andere Branchen ausgedehnt. **Wo bleibt der Aufschrei?**

Erklärung der DKP zur Solidarität mit den Beschäftigten bei VW

Keine Schließung, keine Entlassungen, kein Lohnverzicht!

...Aus unserer Sicht gibt es keine Gründe für Entlassungen, Schließungen oder Lohnverzicht. Es wäre grundfalsch, Zugeständnisse an den VW-Konzern zu machen. Ebenso grundfalsch wäre es, wenn wir es zuließen, dass die verschiedenen Standorte des international tätigen Konzerns gegeneinander ausgespielt werden. Wir sind der festen Überzeugung: Durch eine Änderung der Politik sowohl auf Bundes- und Landesebene als auch des VW-Konzerns lässt sich jeder Arbeitsplatz bei VW und anderen Autokonzernen in diesem Land und auch in anderen Ländern erhalten.

Jahrelang hat VW hohe Profite eingefahren, die allerdings nicht in die Werke investiert wurden, sondern an die Anteilseigner der Porsche-Familie und nach Katar geflossen sind. Die Profite müssen endlich den Arbeiterinnen und Arbeitern bei VW zugutekommen, die sie erwirtschaften.

25. September 2024

Infos: <https://dkp.de/>

Kontakt: mail@dkp-stuttgart.org

V.i.S.d.P: R. Zarth, DKP; Stgt, Böblingerstr. 105


DKP
Deutsche Kommunistische Partei

Metall-Info

DKP Stuttgart informiert

Nicht einschüchtern lassen

Die erste Runde der Tarifverhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie fand statt. Die IG Metall fordert eine Erhöhung der Entgelte um 7 Prozent für 12 Monate. Auszubildende sollen 170 Euro mehr im Monat erhalten. Allein in München demonstrierten zum Verhandlungsauftritt am 11. September 5000 Metallerrinnen und Metalller, die größte Tarifaktion während der Friedenspflicht, die es in Bayern je gab. Die IG Metall-Jugend übergab der Kapitaleseite einen Einkaufswagen mit Lebensmitteln. Genau die gleichen Lebensmittel hatten die jungen Metallerrinnen und Metalller bereits 2021 gekauft. Ergebnis: Der Inhalt des Einkaufswagens ist heute 34 Prozent teurer als 2021. Deshalb fordern die Azubis eine kräftige Erhöhung. Erwartungsgemäß gab es keine Annäherung und kein Angebot seitens der Metallarbeitgeberverbände.

Verhandlungsführer und stellvertretender Vorsitzender von Südwestmetall H. Marquardt hat bereits Anfang Juni klar und deutlich die Richtung für die Tarifrunde vorgegeben: „Zu verteilen gibt es überhaupt nichts; die richtige Zahl wäre eine Null – und selbst die wäre noch zu hoch.“ Und er droht ganz unverhohlen mit Arbeitsplatzabbau, wenn die Löhne steigen: „Jedes Plus bei den Arbeitskosten erhöht den Druck auf die Arbeitsplätze“.



Die Reaktionen der Kapitaleseite auf die Forderungen der IG Metall waren in allen Bezirken gleich: Von „überzogen“, „nicht situationsgerecht“, „völlig unrealistisch“, „die Unternehmen leiden an zu hohen Lohnkosten“, „die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen muss erhalten“ bleiben. Unerwähnt blieb in allen Äußerungen, dass es seit 2018 Reallohnverluste von über 10 % gab, dass der Lohnkostenanteil inzwischen auf rund 15 % gesunken ist, also die

Erhöhung gerademal mit 1 % zu Buche schlagen würde und dass die Unternehmen, die jetzt über schwierige Zeiten klagen, dieses Jahr Milliarden und Abermilliarden an Dividenden an ihre Aktionäre ausgeschüttet haben.

Auf den Punkt gebracht hat es Horst Ott, Bezirksleiter der IG Metall Bayern: Bei guter wirtschaftlicher Lage schade eine hohe Forderung dem Aufschwung, bei schlechter wirtschaftlicher Lage koste sie Arbeitsplätze. Eine gute Zeit um eine Entgeltforderung zu stellen, gibt es nicht!

Die Zitate zeigen, dass das Metallkapital die berechtigten Forderungen der Beschäftigten in der Öffentlichkeit als viel zu hoch und unangemessen verunglimpft, und dass sie mit der Angst vor De-Industrialisierung und Arbeitsplatzabbau versuchen, die Kampfkraft der IG Metall zu untergraben und gemeinsames Handeln zu schwächen.

In vielen Berichten über die ersten Verhandlungen wird die "konstruktive Atmosphäre" gelobt. Da heißt es, aufmerksam beobachten, wie sich die Positionen der IG Metall unter dem großen Druck der Kapitaleseite entwickeln. Sie darf nicht einknicken. Von der Forderung darf nicht abgewichen werden – weder bei der Höhe, noch bei der Laufzeit. Die Reallohnverluste waren in den vergangenen Jahren zu hoch – da muss jetzt ein Ausgleich her. Der Druck der Mitglieder muss stark sein und durch gute Mobilisierung muss zum Ausdruck kommen, dass die Beschäftigten voll und ganz hinter der Forderung stehen.

Die Auswirkungen der Krise in der Automobilindustrie auf die Beschäftigten

Bei Zehntausenden Arbeiterinnen, Arbeitern und Angestellten deutscher Automobilkonzerne grassiert die Angst um den Arbeitsplatz und die Stabilität der monatlichen Lohnzahlung. Fast täglich gibt es neue Hiobsbotschaften, und zwar sowohl in der Autoindustrie als auch bei den Zulieferern. Die Anzahl der Beschäftigten sank bereits in den letzten 4 Jahren um ca. 50.000. Immer neue noch höhere Abbauzahlen werden angekündigt – sei es bei den Autofirmen wie Ford oder VW. Laut einem Bericht des Manager-Magazins soll VW planen, bis zu 30.000 Arbeitsplätze in Deutschland abzubauen. Oder bei den Zulieferern wie Bosch, Conti, ZF und Mahle, alle schließen Werke und kürzen beim Personal. Bis zu 14.000 Stellen sollen allein bei ZF wegfallen. Tausende bei Bosch. Dort wurde für rund 6000 Beschäftigte die Arbeitszeit reduziert, mit entsprechenden Lohn einbußen. Continental will sich in Zukunft nur noch auf das Reifengeschäft konzentrieren mit der Folge, dass über 7000 Stellen weltweit abgebaut werden. Das sind nur einige Schlaglichter. Wie aus der Erhebung der Unternehmensberatung Horváth hervorgeht wollen 59 % der befragten Unternehmen in Deutschland in den kommenden 5 Jahren Stellen streichen. Um Arbeitsplatzvernichtung zu verhindern, braucht es dringend weitere **Arbeitszeitverkürzungen bei vollen Lohnausgleich und gemeinsame Gegenwehr.**

Die Umsatzzahlen zeigen, die Inlandsproduktion von PKWs ist eingebrochen. Trotz leicht steigendem Absatz liegt das aktuelle Volumen immer noch rund 20 % unter dem Absatzniveau von 2019. Bei batterieelektrischen Fahrzeugen ist der Rückgang noch höher. Gründe für diese Entwicklung gibt es viele: hohe Energiekosten durch die Sanktionen gegen Rußland, politisch gewollte Orientierung auf Elektroantriebe, ohne die entsprechende Infrastruktur. Die hohe Inflation und die Reallohnverluste haben zu erheblichem Kaufkraftverlust geführt. Außerdem gibt es ein Misstrauen gegenüber der E-Mobilität und ihrer Alltagstauglichkeit. Für Normalverdiener sind die Preise für E-Autos auch einfach unbezahlbar. Die Autokonzerne orientieren auf das hochpreisige Segment, auf Luxusautos. Damit können sie trotz Umsatzverlusten immer noch kräftige Gewinne einfahren. Für den Normalverdiener ist der Kauf von Neuwagen nicht mehr drin.

Die Beispiele oben zeigen, dass die Krise der Automobilindustrie auf den Rücken der Beschäftigten abgewälzt wird. Die Profite sprudeln nach wie vor, auch bei sinkendem Absatz. Allein BMW, Mercedes-Benz und VW haben in 2023 zusammen 61 Milliarden Euro Gewinne gemacht. Nach wie vor gilt das privat finanzierte und genutzte Auto, der Individualverkehr, als das einzig richtige Verkehrskonzept, jetzt eben mit E-Motor, und das öffentliche Verkehrswesen wird kaputt gespart. Sinnvoll wäre, planvoll Arbeitsplätze im Schienen-

fahrzeug- und Busbau auszubauen, und damit die wegfallenden Plätze in der Autoindustrie zu ersetzen. Den Aufbau am besten in gemeinwohlorientierten Betrieben und Institutionen. Sinnvoll wäre ein mehrere Milliarden schweres Sondervermögen für den Ausbau der Schieneninfrastruktur, den Ausbau des öffentlichen Verkehrswesen in Stadt und auf dem Land. In diversen Studien wurde herausgearbeitet und dokumentiert, dass eine solche Verkehrswende die Arbeitsplatzverluste in der Autoindustrie überkompensieren würde. Es braucht ein Umdenken in den Gewerkschaften und einen engen Schulterschluss zwischen Gewerkschafts- und Umweltbewegung. Die Mobilitätswende wird jeden Tag dringlicher – die Klimakatastrophe ist unübersehbar und täglich spürbar.

Hilft eine neue „Abwrackprämie“?

Die von der SPD ins Spiel gebrachte „Abwrackprämie“ in Höhe von 6.000 € für jedes verschrottete funktionsfähige Auto mit Verbrennungsmotor beim Kauf eines fabrikneuen Elektroautos und 3.000 € beim Kauf eines gebrauchten E-Wagens ist wohl auch eher etwas für Wahlkampfreden als ernst gemeint. Die „Abwrackprämie“ im Jahre 2009 betrug „nur“ 2.500 €, kostete den Bundeshaushalt 5 Milliarden Euro. Sie führte zum Anstieg der Preise für Gebrauchtwagen und damit Verteuerung des Lebens der unteren Volksschichten. Weder wurden die ökologischen Ziele erreicht, noch die Automobilindustrie dauerhaft unterstützt: Nach Auslaufen der Prämie brachen die Absatzzahlen erneut ein. Genauso wirkungslos blieb die Umweltprämie, mit der zwischen 2016 und 2023 der Absatz von E-Autos gefördert werden sollte.

Diese Träumereien werden aber vor allem deshalb platzen, weil die rund 10 Milliarden Euro, die ein solches Programm wohl kosten würde, längst woanders hinfließen: Während die Autofabriken nur noch zur Hälfte oder zwei Dritteln ausgelastet sind, läuft die Panzer- und Granatenproduktion bei Rheinmetall auf Hochtouren und an der Kapazitätsgrenze. Privates Geld fließt dort keines hin – die Milliarden, die dort kassiert werden, sind alles Steuergelder, die für die Sicherung der Arbeitsplätze in anderen Branchen nicht mehr zur Verfügung stehen.

Von dieser Regierung ist also keine Hilfe zu erwarten. Die Rettung der eigenen Arbeitsplätze kann nur von den Arbeitenden selbst kommen.

Nein zu Krieg und Hochrüstung! Ja zu Frieden und internationaler Solidarität



Unter diesem Motto demonstrieren am 3. Oktober rund 40.000 Menschen in Berlin gegen die steigende Kriegsgefahr - die größte Friedensdemo seit Jahren. Die deutsche Regierung rüstet auf wie nie zuvor. Wir alle sollen kriegstüchtig gemacht werden. Eine „neue“ Wehrpflicht droht. Das Geld für die Hochrüstung fehlt bei Krankenhäusern und Pflege, Rente und Sozialleistungen, Bildung und Kitas, Bahn und Nahverkehr.

**GEWERKSCHAFTEN
GEGEN AUFRÜSTUNG** 
Unterschreiben unter:
<https://gewerkschaften-gegen-aufruestung.de/>

Weitere Infos unter:
<https://nie-wieder-krieg.org/>